

So viele Anklagen wie nie zuvor

Staatsanwaltschaft präsentiert sich als geölte Maschinerie. Die Zahlen müssen aber mit Vorsicht genossen werden

Von Daniel Wahl

Muttenz. Noch vergangene Woche verkündete die Baselbieter Polizei bei der Präsentation ihrer Kriminalitätsstatistik einen Rückgang der Straftaten, namentlich der Einbrüche, im vergangenen Jahr. Das Baselbiet – ein friedlicher Kanton. Die Erste Staatsanwältin Angela Weirich wartete gestern für das Jahr 2016 mit einer Statistik auf, die ganz anders interpretiert werden könnte: Die Staatsanwaltschaft hat im selben Jahr 267 Personen angeklagt, so viel wie nie zuvor, und mit 25 963 erlassenen Strafbefehlen den Höchststand erreicht. Die meisten davon stammen aus dem Verkehr. Kriminelles Baselbiet?

Im Widerspruch müssen die Statistiken nicht stehen: Vertieft man sich in die Details der Zahlen der Staatsanwaltschaft, erkennt man, dass die Behörde ihren Pendenzenberg abgebaut hat und deshalb eine höhere «Anklage-Performance» (+21%) bietet. Dazu ein Beispiel: Von den Fällen, die im Jahr 2015 eingingen, blieben 2631 Tatbestände liegen und mussten ins Folgejahr übernommen werden. Nun hat sich der Pendenzenberg aus dem 2015 deutlich auf 879 «Fälle in Untersuchung» verringert. Ist das eine gute Leistung? Es muss offengelassen werden. Denn es gab keine Aussagen dazu, ob vermehrt Anklagen in Fällen erhoben wurden, in denen sich der Staatsanwalt vom Gericht dispensieren lassen kann. Dies würde einen wesentlich geringeren Aufwand bedeuten. Total stapeln sich bei der Staatsanwaltschaft noch immer 12 084 Einzelstraftatbestände aus den Vorjahren.

Akzeptanz der Strafbefehle

60 Prozent der Straftaten sollten binnen eines Jahre erledigt werden. Gegenüber ihren Ansprüchen zeigt die Staatsanwaltschaft hier eine gute Leistung. Sie konnte 87,3 Prozent innerhalb von zwölf Monaten erledigen. Und die Beschwerden gegen Strafbefehle liegen unter einem Prozent, was auf eine überwiegende Akzeptanz der gefällten Verfügungen schliessen lässt.

Obschon die Zahlen grundsätzlich auf eine gut geölte Justiz-Maschinerie hindeuten (bei einem Durchschnitt von 140 Anklagen pro Jahr über die letzten sieben Jahre, liegt man mit 267 Anklagen weit darüber), müssen dennoch Fragezeichen gesetzt werden. Basel-Stadt hat fast doppelt so viele Straftaten, wie die jüngste Kriminalstatistik zeigt, beschäftigt aber ähnlich viele Staatsanwälte wie

Baselland. Arbeitet der Nachbarkanton etwa effizienter? Hinzu kommt, dass die Baselbieter Staatsanwaltschaft ausserordentlich grosszügig ausserordentliche Staatsanwälte einsetzt – was, wie Weirich sagte – im Fall von Krankheit und Schwangerschaft vorkomme. Diese von Untersuchungsbeamten zu höheren Weihen berufenen Staatsanwälte leisteten im Jahr 2015 gleich viel Arbeit wie alle leitenden Staatsanwälte zusammen, was nie Sinn der Sache war und mehr Kosten verursacht.

Mehraufwand absehbar

Ob die Staatsanwaltschaft auch künftig ihren Pendenzenberg reduzieren kann, ist eine andere Frage. Das Terrain für eine schlechtere Performance hat Weirich an der gestrigen Medienkonferenz vorbereitet. Die Ausschaffungs-Initiative werde zu schaffen machen. Sie rechne mit einem Zusatzaufwand von zwei bis drei Stellen, sagte Weirich. Allerdings werden ihr vier Stellen gemäss Sparprogramm gestrichen.

Der Mehraufwand durch die Ausschaffungs-Initiative sei auf folgende Umstände zurückzuführen: In jedem Fall sei eine Verteidigung zu stellen. Es komme zu mehr Einvernahmen, es müssten, da es sich um Ausländer handle, Dolmetscher organisiert werden. Weirich rechnet auch damit, dass die Beschuldigten vermehrt in Berufung gehen werden. «Wir spüren bereits einen Mehraufwand», sagte sie.

Rechtsunsicherheit klären

Dieser Mehraufwand rührt allerdings auch daher, dass die Staatsanwaltschaft in allen drei bisherigen Fällen zur Anordnung von Landesverweisung selber Berufung eingelegt hat. «Wir sind der Meinung, dass das Strafgericht die Bestimmungen milder umgesetzt hat, als wir es sehen», begründete Weirich.

Am Rande der Medienorientierung liessen die Juristen durchblicken, dass sie mit dem teilrevidierten Strafrecht nicht ganz zufrieden sind. Das Aussprechen von bedingten Geldstrafen – es wird von der Gesellschaft als stossend und ungerecht wahrgenommen, weil sie im Gegensatz zu Bussen nicht bezahlt werden müssen – werde immer noch möglich sein. Hier komme es lediglich zu kosmetischen Retuschen. Allerdings wird es wieder möglich sein, Gefängnisstrafen ab drei Tagen auszusprechen. In letzten Jahren war dies erst ab 180 Tagen erlaubt. Sanktionen darunter wurden mit Geldstrafen erledigt.



Stellen abbauen. Von Angela Weirich wird mehr Leistung erwartet bei gleichzeitiger Reduktion von vier Stellen. Foto Christian Merz

Frauen zwischen Liebe und Angst

Staatsanwaltschaft setzt Schwerpunkt bei Bekämpfung der häuslichen Gewalt

Von Asmita Schoettli

Muttenz. Für Staatsanwältin Jacqueline Bannwarth, die seit 2016 die Fachgruppe häusliche Gewalt leitet, geht es zeitweise ans Eingemachte: Sie zeigte gestern auf, dass 2016 in der Schweiz 18 Frauen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt getötet worden sind. Das heisst, dass jede dritte Woche in der Schweiz eine Frau in ihrem persönlichen Umfeld umgebracht wird. 70 Prozent der Tötungsdelikte an Frauen sind auf häusliche Gewalt zurückzuführen.

Grosse Mühe bereite ihr auch, wenn sie genau wisse, was ein Opfer erlitten hat, dieses dann aber seine Anzeige zurückzieht. Sistieren, als sei nichts gewesen. Bei drei Viertel aller Anzeigen würden die Opfer einen Rückzieher machen. «Es sind Frauen, die sich beispielsweise für die Rettung der Beziehung entscheiden und so ihre physische und psychische Gesundheit aufs Spiel setzen», nannte Bannwarth einen der Gründe.

Bei häuslicher Gewalt entstehe eine besondere Täter-Opfer-Dynamik. Oft

würden die Frauen nicht juristisch gegen ihren Mann vorgehen, weil sie unter enormem Druck stünden – besonders, wenn das Ausländerrecht mitspielt und bei der Trennung eine Ausschaffung droht. Sanktioniere die Staatsanwaltschaft ein Täterverhalten mit einer Busse, sei oft das ganze Familienbudget betroffen, worunter die Opfer dann selber zu leiden hätten.

Zwiespältige Erfahrungen

Die Tatsache, dass die Strafprozessordnung es zulässt, dass die Täter bei der Befragung der Opfer anwesend sein dürfen, ist für Bannwarth zwiespältig. Es könne sein, dass Frauen aus Angst vor der Reaktion des Partners mit ihren Aussagen zurückhaltend sind. Umgekehrt können nicht selten die Reaktionen der Partner während der Befragung als Beweis herangezogen werden.

Seit 2004 räumt die Strafprozessordnung in Fällen häuslicher Gewalt die Möglichkeit ein, die Anzeige zurückzuziehen, was 75 Prozent der Anzeigerstellerinnen auch tun – etwa bei Stal-

king, Drohung und Nötigung. «Schwere Delikte wie physische oder sexuelle Gewalt können jedoch nicht sistiert werden», erklärt die Staatsanwältin.

Erstaunlich ist, dass die Staatsanwaltschaft keine Aussagen über das Täterprofil beziehungsweise die Herkunft der Täter und Opfer machen kann: «Wir führen dazu keine Statistik.» Am Rande der Pressekonferenz sagte Bannwarth aber, dass rund die Hälfte aller Fälle aus Beziehungen mit Migrationshintergrund stammten. Wenn man die Zahl mit dem Bevölkerungsanteil vergleicht, wird deutlich, dass häusliche Gewalt aus patriarchalischen Ländern «importiert» wird. Bannwarth ordnet tendenziell die schwerwiegenden Fälle den Schweizern zu. Fälle von Stalking, Abschiemen von Frauen gegenüber Drittpersonen komme hingegen bei Ausländern häufiger vor.

Männer seien kaum Opfer häuslicher Gewalt, obwohl die Staatsanwaltschaft hier eine hohe Dunkelziffer vermutet. In den seltensten Fällen würde es sich um Officialdelikte handeln.

Streit um Prattler Jugendhauswiese

Einwohnerrat genehmigt Kredit für die Errichtung von vier Doppelkindergärten

Von Oliver Sterchi

Pratteln. Knapp sieben Wochen vor der kommunalen Abstimmung über die Grünflächen-Initiative ist das politische Klima in Pratteln angeheizt: Die Grünen-Unabhängigen, die das Volksbegehren lanciert hatten, wollen die verbliebenen Grünflächen im Dorf um jeden Preis schützen. Die bürgerlichen Gegner sehen darin eine Zwängerei, welche die künftige Entwicklung der Gemeinde zu stark einschränkt.

Der Konflikt trat an der Einwohnerratssitzung vom Montagabend offen zutage, als es um den Baukredit für die Errichtung von vier neuen Doppelkindergärten in Pratteln ging. Umstritten ist vor allem der Standort Jugendhauswiese im Ortszentrum – eine eben jener Grünflächen, welche die Urheber der Initiative bewahren wollen. Die Fronten waren denn auch klar: Die Bürgerlichen wollten die Vorlage durchwinken, um den Zeitplan beim Bau der Kindergärten einzuhalten. Links-Grün hingegen stellte den Antrag, das Geschäft zurückzuweisen und stattdessen einen alternativen Standort beim Grossmattschulhaus zu prüfen.

Stichentscheid des Präsidenten

Bei der Abstimmung standen sich die politischen Blöcke schliesslich mit 19 zu 19 Stimmen gegenüber. Es war Einwohnerratpräsident Jens Dürren-

berger (FDP), der die Blockade per Stichentscheid auflöste und dem Antrag der Linken eine Abfuhr erteilte. In der Schlussabstimmung wurde der Baukredit von über zwei Millionen Franken von den Volksvertretern mit 19 zu 15 Stimmen bei fünf Enthaltungen genehmigt – unter dem Vorbehalt, dass die Grünflächen-Initiative am 21. Mai abgelehnt wird. Gänzlich unbestritten waren die drei anderen geplanten Standorte «Münchacker», «Zweien» und «Gehrenacker». Alle vier Baukredite zusammen belaufen sich auf fast neun Millionen Franken.

Emotionale Debatte

Der Schlussabstimmung ging eine emotionale und zuweilen gehässige Debatte voraus. «Der Standort Jugendhauswiese wird durch die hängige Initiative grundsätzlich infrage gestellt. Das Begehren stösst im Dorf zudem auf viele Sympathisanten», sagte Gert Ruder (SP). Daher müsse man bereits heute eine Alternative prüfen, um im Fall der Fälle nicht vor einem Scherbenhaufen zu stehen, forderte der Sozialdemokrat. Dem Vorschlag der SP-Fraktion, den vierten Kindergarten beim Grossmattschulhaus zu platzieren, erteilten diverse bürgerliche Redner jedoch eine Absage. «Das Grossmattschulhaus ist denkmalgeschützt, dort kann man nicht einfach einen doppelstöckigen Kindergarten hinstellen. Ausserdem wäre der

Abstand zwischen den Gebäuden zu knapp», sagte etwa Andreas Seiler (FDP), Präsident der Bau- und Planungskommission (BPK), die das Geschäft zuvor im Detail beraten hatte. «Die BPK ist für den Standort Jugendhauswiese», stellte Seiler klar. Ins gleiche Horn stiess auch der zuständige Gemeinderat Rolf Wehrli (FDP): «Bei der Standortevaluation fiel das Grossmattschulhaus aus den genannten Gründen bereits früh aus dem Rennen. Das ist keine Option.» Mit dieser Antwort wollte sich die Ratslinke jedoch nicht zufriedengeben. «Diese Standortevaluation ist doch ein Witz. Die vorliegende Liste hätte man statt in 18 Monaten auch in 18 Minuten erstellen können. Wir fordern, dass die Alternative Grossmatt nochmals genau geprüft wird», polterte Bendikt Schmidt (Grüne-Unabhängige).

Das Volk entscheidet

Der Ball liegt nun bei den Prattler Stimmbürgern: Im Falle einer Annahme der Grünflächen-Initiative am 21. Mai ist der Standort Jugendhauswiese definitiv vom Tisch. Sollte das Begehren hingegen abgelehnt werden, erteilt der Souverän dem Doppelkindergarten damit indirekt grünes Licht.

Gebaut werden kann auch dann, wenn das Volk den Gegenvorschlag des Gemeinderats annimmt, der weniger weit geht als die Initiative.

Liestal feiert neue Rathausstrasse mit einem grossen Stadtfest

Anfang Juni 2018 soll das Städtli zur Festhütte werden

Von Thomas Gubler

Liestal. Unter dem Motto «Liestal findet Stadt» lädt der Baselbieter Kantonshauptort vom 1. bis 3. Juni 2018 zu einem grossen dreitägigen Stadtfest ein. Lange ist es her, seit dem letzten Fest: 1989 feierte Liestal sein achthundertjähriges Bestehen. Doch nun liegt mit der dann zumal sanierten und erneuerten Rathausstrasse wieder ein Grund zum Feiern vor. Zwar sollten die Bauarbeiten schon im November beendet sein, «aber für ein Stadtfest bevorzugen wir etwas angenehmere Temperaturen», sagte Stadtpräsident Lukas Ott an der gestrigen Medienorientierung im Café Mühleisen.

Zweifelloos ist die erneuerte Rathausstrasse zwischen Törl und Regierungsgebäude der Hauptanlass für das geplante Stadtfest 2018, aber nicht der einzige. Ebenso soll «das gemeinsame Engagement für die Weiterentwicklung Liestals als dynamische Kantonshauptstadt» gefeiert werden, wie das Organisationskomitee (OK) gestern erklärte. An dessen Spitze stehen übrigens Stadtpräsident Lukas Ott als Präsident und Silvan Schweizer, Leiter der Kantonalbank-Niederlassung Liestal, als Vizepräsident.

Und weil es nicht nur um die Rathausstrasse geht, werde auch nicht nur dort gefeiert. Zwar dürfte diese sicher

die «Hauptbühne» bilden, wie Lukas Ott sagte. Doch soll auch auf den übrigen Plätzen und Strassen musiziert, getanzt und gefestet werden – etwa in der Allee, auf dem Wasserturmplatz, dem Zeughausplatz, dem Fischmarkt und in der Kanonengasse.

Ein Drittel trägt die Stadt

Für die Organisation des Festes wurde bereits der Verein «Stadtfest Liestal» gegründet, dessen Träger die Stadt, KMU Liestal und der Verband der Vereine (IGOL) bilden. Finanziell trägt die Stadt die Hauptlast der Veranstaltung. Als Budget für das Fest nannte Lukas Ott einen «tiefen sechsstelligen Betrag, woran sich die Stadt voraussichtlich mit einem Drittel beteiligt». Grundlage für die Durchführung sei aber «ein lebendiges Miteinander». Laut Ott würden daher in den nächsten Tagen die Vereine und Gewerbetreibenden angeschrieben und eingeladen, das Stadtfest aktiv mitzugestalten.

Man strebe aber keine Gewerbeausstellung an, sagte der Stadtpräsident. Das OK wolle kulturelle Schwerpunkte setzen. Und einer davon könnte beispielsweise die bis heute anhaltende Bedeutung der Textilindustrie für Liestal bilden. «Warum nicht eine Modeschau in der Rathausstrasse als Ereignis?», führte Lukas Ott als mögliches Beispiel an.